

## Informationen aus dem NÖ Landtag



**Landtagssitzung  
vom 1. Oktober 2009**

Am Beginn der Sitzung stand die Angelobung neuer Abgeordneter zu Landtag und Bundesrat.

Als erster Tagesordnungspunkt folgte die aktuelle Stunde der ÖVP zum Thema **„Regionale Politik versus Zentrale Politik im Bildungsbereich“**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/362/362.htm>

LAbg. Huber sprach sich im Zuge seiner Wortmeldung gegen weitere Experimente in den Schulen auf Kosten der Schüler aus. Für die Fehlentwicklung am Bildungssektor machte er zum größten Teil die ÖVP Bildungsministerin Gehrler verantwortlich, sie hat wesentliche Reformschritte und den Ausbau vorhandener Schulen verabsäumt. Besondere Kritik übte Huber an der Postenbesetzungspolitik in Niederösterreich, wo es ohne ÖVP Parteibuch besonders schwierig sei, eine Lehrerstelle zu bekommen. Aufgrund dieses Umstandes stellte er auch die Sinnhaftigkeit von Landes- und Bezirksschulräten in Frage. Huber forderte daher ein differenziertes und durchlässiges Schulsystem, nur so kann man auch die Qualität des Bildungssystems auf einem hohen Niveau halten. Besonde-

re Aufmerksamkeit verlangt der Abgeordnete daher auch bei der Auswahl jener Menschen, die für den Lehrerberuf ausgebildet werden. Als Problem bezeichnete Huber den Umstand, dass immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund und schlechten Deutschkenntnissen das Ausbildungsniveau auf unseren Schulen herabsetzen. Um all diesen Herausforderungen zu begegnen zählte Huber am Ende nochmals die Grundelemente des freiheitlichen Bildungskonzeptes auf: ein verpflichtendes Vorschuljahr für Migranten, ein Bekenntnis zur ziffernmäßigen Schulnote (1-5), Notenvergabe nach zentral vorgegebenen Leistungs- und Bildungsstandards, Wiedereinführung der Beurteilung der äußeren Form der Arbeiten in der Pflichtschule, Verpflichtende Verhaltensregeln mit entsprechenden Konsequenzen, Klassenschülerhöchstzahl 25 durchgängig im Unterrichtswesen – Umsetzung sofort, maximal 30% Anteil Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache, Beibehaltung des differenzierten Schulsystems

Auch Klubobmann Waldhäusl erinnerte im Zuge seiner Wortmeldung daran, dass es gerade die ÖVP mit Ex-Bildungsministerin Gehrler gewesen ist,

die nachhaltige Reformen im Schulwesen verschlafen hat und meinte, dass 12 Jahre unter dieser Ministerin mehr als genug gewesen wären. Waldhäusl wies darauf hin, dass man um grundlegende Änderungen im Schulbereich nicht herumkommen wird. Als Beispiel erwähnte der Klubobmann die derzeit stattfindende „Flucht in die AHS“. Der massive Zustrom von Kindern mit Migrationshintergrund und unzureichenden Deutschkenntnissen führe zu einem großen Qualitätsverlust in den Hauptschulen, weshalb immer mehr Eltern ihre Kinder in die AHS geben. In diesem Zusammenhang forderte er daher ebenfalls ein verpflichtendes Vorschuljahr, sowie auch die Durchführung von außerschulischen Deutschkursen um das Unterrichtsniveau der Zuwanderer anzuheben. Kein Verständnis zeigte Waldhäusl für die Gemeinde Traiskirchen, wo auf Kosten der Steuerzahler an der Volksschule Türkischkurse stattfinden.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgte die aktuelle Stunde der FPÖ zum Thema „Weiter dramatischer Anstieg der Kriminalität in Niederösterreich“

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/363/363.htm>

Am Beginn seiner Rede wies LAbg. Königsberger auf die aktuelle Problematik im Bereich der Kriminalität hin. Konkret bezog er sich auf die äußerst hohen Zuwächse bei Einbrüchen, Autodiebstählen und Gewaltverbrechen. Täglich wird in Niederösterreich alle 6 Minuten eine Straftat verübt, ebenso werden jeden Tag 4 Autos entwendet. NÖ leidet unter einer Steigerung von 4,2% an Straftaten gegenüber dem Vorjahr, bei den Wohnungseinbrüchen beträgt die Steigerung über 7% und bei den Hauseinbrüchen verzeichnet man den Rekordanstieg von gar mehr als 33%. Königsberger machte für diesen Anstieg vor allem die Ostkriminalität verantwortlich und führte aus, dass man diesem Phänomen nur durch das sofortige Aussetzen des Schengenvertrages und eine Wiedereinführung der Grenzkontrollen beikommen kann. Der Abgeordnete forderte weiters ein, dass auch radikale Islamisten, die teilweise Ausbildungen in Terrorcamps im Ausland absolviert haben, stärker überwacht werden müssen und wies darauf hin, dass diese Gruppierungen in Deutschland mittlerweile eine echte

Bedrohung sind. Als dritten großen Bereich ging Königsberger in seiner Rede auf die Jugendkriminalität ein. Auch hier ortet der FP Sicherheits-sprecher dringenden Handlungsbedarf. Viele Bürgermeister hätten in der Vergangenheit die Ghettobildung in ihren Städten ignoriert und werden, wie man am Beispiel Krems sieht, der Situation nicht mehr Herr. Am Ende seiner Rede ging Königsberger noch auf die SOKO-Ost ein und bezeichnete diese als eine politische Totgeburt. Die Schuld für dieses Versagen liegt laut Königsberger allerdings nicht bei den vielen dienstbeflissenen Beamten, sondern bei einer völlig überforderten Innenministerin.

Klubobmann Waldhäusl bezeichnete den ÖVP Landesgeschäftsführer und Sicherheitssprecher Karner als „größtes Sicherheitsrisiko“ im Land. Es müsse jedem Beobachter klar sein, dass der Anstieg der Kriminalität in direktem Zusammenhang mit den offenen Grenzen in Richtung Osten steht. Obwohl die FPÖ bereits vor dem Fall der Grenzen vor dieser Gefahr gewarnt hat, hat man nicht entsprechend auf die neue Situation reagiert. Waldhäusl erläuterte weiter, dass es sich bei aufgegriffenen Tätern sehr oft um Täter

mit Migrationshintergrund handelt und sieht somit einen weiteren Beweis dafür, dass der Multikultitraum ausgeträumt ist und die Integration gescheitert ist. Die SOKO Ost bezeichnete der Klubobmann als völlig falsche Reaktion auf die Kriminalitätsexplosion. Jeder Mensch der über ein wenig Hausverstand verfügt müsse sich im Klaren darüber sein, dass es sinnvoller ist, die Verbrecher gar nicht ins Land zu lassen und hier zu jagen, sondern bereits an der Grenze daran zu hindern einzureisen. Auch Waldhäusl forderte daher eine sofortige Aussetzung des Schengenabkommens und die Wiedereinführung der Grenzkontrollen in Zusammenhang mit einem Assistenz-einsatz des Bundesheeres. Nur so kann man der Bevölkerung die Angst vor der Kriminalität wieder nehmen und für Ordnung in NÖ sorgen.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Anmeldungen zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landesberufsschulen, Bauprogramm und technische Qualifikationsmaßnahmen

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/365/365.htm>

LAbg. Huber kritisierte den desaströsen Zustand der Berufsschulen in Niederösterreich und forderte eine umgehende Verbesserung dieser Situation. Er führte weiters aus, dass Jugendliche besonders oft von Arbeitslosigkeit betroffen sind und verlangte deshalb eine Aufwertung der Lehrberufe und eine entsprechende Unterstützung für Betriebe, die Lehrlinge ausbilden.

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum Thema Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über die Helmpflicht beim Wintersport

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/345/345.htm>

sowie über den Antrag mit Gesetzentwürfen gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Mag. Renner u.a. betreffend Änderung des NÖ Sportgesetzes.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/345-1/345-1.htm>

KO Waldhäusl kritisierte den Antrag der ÖVP eine Helmpflicht beim Radfahren einzuführen und warf der ÖVP vor, dass sie lediglich reagiere und nicht mehr agiere. Er führte weiter aus, dass die ÖVP lediglich Anlassgesetzgebung betreiben würde, ohne an die damit verbundenen Konsequenzen zu denken. Selbstverständlich steht die FPÖ dazu, Kindern in allen Bereichen ihres Lebens bestmöglichen Schutz zu bieten, allerdings sollte man dies über aktive Bewusstseinsbildung und nicht über gesetzlichen Zwang umsetzen. Dieses Gesetz würde es den Versicherungen nur ermöglichen, sich im Schadensfall an den Familien zu regressieren, was wohl keiner ernsthaft wollen könne. Aus diesem Grund werde auch die FPÖ diesem politischen Hüftschuss nicht zustimmen.

*Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen.*

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sozialbericht 2008.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/348/348.htm>

LAbg. Tauchner setzte sich in seiner Wortmeldung mit dem NÖ Sozialbericht auseinander. Der Abgeordnete wies darauf hin, dass 47% des NÖ Gesamtbudgets für den Bereich Soziales aufgewendet werden, wobei von diesem Betrag wiederum nur 8,5% für die klassische Sozialhilfe verwendet werden. Tauchner forderte daher, vor allem im Bereich der Pflege neue Modelle, die eine bessere Versorgung der Pflegebedürftigen im Familienverband ermöglichen, anzudenken. Handlungsbedarf sieht Tauchner aber auch bei den Mindestpensionisten. Demnach gibt es Menschen, die mit 532,3 Euro im Monat überleben müssen, was wirklich nicht mehr zumutbar wäre. Hier sollte es rasch zu weiteren Unterstützungen aus dem Sozialtopf kommen. Diese Gelder könne man bestimmt bei Menschen einsparen, die diese Förderung zu Unrecht beziehen, bzw. auch bei jenen Menschen, die nicht einmal die österreichische Staatsbürgerschaft haben. Weiteres Einsparungspotential sieht Tauchner im Asylwesen, das den NÖ Sozialtopf ebenfalls über die Maßen belastet. Tauchner fordert daher

ein die Hauaufgaben im Sozialbereich zu machen und die verfügbaren Gelder jenen Menschen zugutekommen zu lassen, die sie auch brauchen.

*Der Bericht wurde von ÖVP, SPÖ und FPÖ angenommen.*

Folgende Tagesordnungspunkte wurden zur Beschlussfassung zusammengefasst:

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/355/355.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/356/356.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Landeslehrer-Diensthöhegesetzes 1976

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/358/358.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/357/357.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Bedienstetenschutzgesetzes 1998

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/370/370.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Antidiskriminierungsgesetzes (NÖ ADG)

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/367/367.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/364/364.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Feuerwehrgesetzes

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/351/351.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Katastrophenhilfegesetzes

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/352/352.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Kulturpflanzenschutzgesetzes 1978

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/359/359.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Bienenzuchtgesetzes

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/361/361.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Grundverkehrsgesetzes 2007

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/360/360.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Umweltschutzgesetzes 1984

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/371/371.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/341/341.htm>

Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Jugendwohlfahrtsgesetzes 1991

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/366/366.htm>

Martin Huber kündigte an, dass die FPÖ bis auf 2 Punkte den 15a Änderungen der Landesgesetze zustimmen wird. Die Freiheitlichen lehnen jedoch das Antidiskriminierungsgesetz und auch die Änderungen beim Jugendschutzgesetz ab. Huber argumentierte damit, dass man an den Vorfällen aus der jüngsten Vergangenheit man se-

hen könne, dass hier einiges im Argen liegt und deshalb ein Bericht lediglich an die Landesregierung und nicht mehr an den Landtag unzureichend ist.

*Alle Anträge wurden angenommen, die FPÖ stimmte wie angekündigt gegen das Antidiskriminierungsgesetz und Änderungen im Jugendschutzgesetz.*

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Abgabenbehördenorganisationsgesetz 2009

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/342/342.htm>

Antrag mit Gesetzentwürfen gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Hinterholzer, Ing. Gratzner u.a. betreffend Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973, des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes, des NÖ Amtshaftungsausgleichsfondsgesetzes, des Gesetzes über den Gemeindewasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden, des NÖ Gebrauchsabgabegesetzes 1973, des NÖ Hundeabgabegesetzes 1979, des NÖ Lustbarkeitsabgabegesetzes, des

NÖ Landes- und Gemeinde-  
Verwaltungsabgabengesetzes, des NÖ  
Gemeindewasserleitungsgesetzes  
1978, des NÖ Lebensmittelkontrollge-  
bührengesetzes, des NÖ Tourismus-  
gesetzes 1991, der NÖ Bauordnung  
1996, des NÖ Kanalgesetzes 1977,  
des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992  
und des NÖ Wohnungsförderungsge-  
setzes 2005

[http://www.landtag-  
noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03  
/342-1/342-1.htm](http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/342-1/342-1.htm)

LAbg. Sulzberger befürwortete seitens  
des Freiheitlichen Klubs das neue Ab-  
gabenorganisationsgesetz, da es Ge-  
genüber der Abgabenordnung eine  
Verbesserung darstellt. Im Hinblick auf  
eine Änderung in der Gemeindeord-  
nung, wo der Fristenlauf bei der Kon-  
stituierung des Gemeinderates werden  
soll, sagte Sulzberger, dass dies nicht  
nachvollziehbar ist. In Zeiten der elekt-  
ronischen Medien müsste der Zeitauf-  
wand ja eher geringer als länger wer-  
den. Er kündigte daher an, dass die  
FPÖ dieser Änderung der Geschäfts-  
ordnung nicht zustimmen werde.

*Die Anträge wurden ohne die Stimmen  
der FPÖ beschlossen.*

Folgende Tagesordnungspunkte wur-  
den zusammen debattiert und be-  
schlossen:

Bericht des Rechnungshofes über kli-  
marelevante Maßnahmen bei der  
Wohnbausanierung auf Ebene der  
Länder

[http://www.landtag-  
noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03  
/315/315.htm](http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/315/315.htm)

Bericht des Rechnungshofes über  
Haushaltsstruktur der Länder (ohne  
Wien); Landeskrankenhaus St. Pölten–  
Lilienfeld, Follow-up–Überprüfung

[http://www.landtag-  
noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03  
/332/332.htm](http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/332/332.htm)

Bericht des Rechnungshofes über Re-  
formen der Beamtenpensionssysteme  
des Bundes und der Länder

[http://www.landtag-  
noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03  
/368/368.htm](http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/368/368.htm)

Bericht des Rechnungshof-  
Ausschusses Nr. 5 der XVII. Gesetz-  
gebungsperiode

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/373/373.htm>

Abgeordneter Benno Sulzberger sprach zum Bericht des Rechnungshofes über klimarelevante Maßnahmen bei der Wohnbausanierung auf Ebene der Länder. Der Rechnungshof kritisierte die mangelnde Umsetzung des Energievorlagegesetzes des Bundes auf Länderebene. Man sei gefordert, Maßnahmen zu setzen und den Empfehlungen Rechnung zu tragen.

Abgeordneter Erich Königsberger sprach zur Rechnungshofprüfung des Landeskrankenhauses St. Pölten – Lilienfeld und meinte, dass die dort kritisierte hohe Überstundenbelastung das Risiko einer Fehldiagnose erhöhe. Er forderte daher im Interesse von Ärzten und Patienten dringend Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Reduktion der Überstunden führen.

Weiters ging Königsberger auch auf einen Rechnungshofbericht ein im Zusammenhang mit der Errichtung von Großbrücken ein. Hier kritisierte der Rechnungshof, dass es weder ein internes Controlling noch ein Projektmanagement gibt. Nur durch entsprechende Kontrolle können hier Miss-

stände wie Anbotsöffnungen welche nicht im Vier-Augen Prinzip passieren, 30% Kostenüberschreitung und Bauvorhaben ohne Landtagsbeschlüsse hintangehalten werden.

Abgeordneter Karl Schwab meinte, er könne der Fachschule Mistelbach und den dortigen Fachlehrern ein gutes Zeugnis ausstellen. Verbessert werden könnten die EDV-Einrichtungen. Er kritisierte die „geringe Auslastung des Schülerheimes“ in der Landwirtschaftlichen Fachschule in Mistelbach und führte dies auf die Internatspreise zurück. Um die Situation zu verbessern und die Anzahl der Schüler in der Landwirtschaftlichen Fachschule in Mistelbach zu erhöhen, sei es notwendig, die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft zu verbessern, da ansonsten das Bauernsterben um sich greift.

LAbg. Tauchner kritisierte in seinem Beitrag die Machenschaften rund um den Verein NÖ Wohnservice. Er führte den Verein als klassisches Beispiel für die Auslagerungspolitik von LH Stv. Sobotka an und kritisierte, dass so große Mengen an Steuergeld am Landtag vorbeigeschoben werden. Tauchner kritisierte Sobotka scharf und

forderte, dass diese Auslagerungen ein für alle Mal aufhören müssen und bestehende Vereine in die Landeshoheit zurückgeführt werden müssen.

KO Waldhäusl wies in seiner Wortmeldung auf die Spekulationsverluste bei der NUA in der Höhe von etwa 6 Millionen Euro hin. Einmal mehr hätte sich dabei gezeigt, dass der verantwortliche LH Stv. Sobotka ein Hochrisikospekulant ist, der rücksichtslos das Steuergeld der Niederösterreicher verzockt.

*Die Berichte wurden einstimmig zur Kenntnis genommen*

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds, Niederösterreich-Werbung GmbH, Jahresbericht 2008

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/326/326.htm>

KO Waldhäusl kündigte an, dass die FPÖ dem Wirtschaftsbericht nicht zustimmen werde um zu signalisieren, dass ein grundlegender Wandel in der

Wirtschaftspolitik vonnöten ist. Auch er kritisierte die vielen Ausgliederungen in Vereine und Gesellschaften um dem Landtag die Kontrolle über Steuermittel zu entziehen. Als Beispiel für die Misswirtschaft im Land führte Waldhäusl auch das Beispiel der Therme Linsberg an. Hier wurden vom Land Riesenbeträge investiert, obwohl Experten bereits gesagt hatten, dass kein Bedarf für ein weiteres, derartiges Projekt besteht. Heute, ein Jahr nach der Eröffnung sei die Therme praktisch zahlungsunfähig, das Land muss neuerlich 500.000€ zuschießen, obwohl man auch noch 50 Arbeitsplätze streichen will. Der Klubobmann forderte daher bei Wirtschaftsförderungen nicht nur die Großbetriebe, sondern auch die Klein- und Mittelbetriebe stärker zu stützen.

*Der Bericht wurde ohne die Stimmen der FPÖ angenommen.*

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Cerwenka u.a. betreffend Wiedereinführung NÖ Schulstarthilfe

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/347/347.htm>

LAbg. Huber setzte sich in seinem Redebeitrag ebenfalls für die Wiedereinführung des NÖ Schulstartgeldes ein. Immerhin haben 11.500 Niederösterreicher dieses Geld bezogen. Das Argument der ÖVP, dass es jetzt eine 13. Familienbeihilfe gibt, ließ Huber nicht gelten, dieses Geld wurde vom Bund zur Verfügung gestellt um den erhöhten Lebenskosten der Familien gerecht zu werden und nicht um das Schulstartgeld abzuschaffen.

*Der Antrag wurde von der ÖVP abgelehnt.*

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Cerwenka, Waldhäusl u.a. betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 47 LGO zur Klärung der politischen Verantwortlichkeit rund um die Vorkommnisse der Flughafen Wien Aktiengesellschaft bei der Errichtung des „Skylink“.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/378/378.htm>

Der Freiheitliche Klub beantragte gemeinsam mit der SPÖ, einen „Skylink“-Untersuchungsausschuss zu installieren. Waldhäusl sagte, dass es in diesem Zusammenhang sehr viele aufklärungswürdige Vorgänge gibt, offenbar hat die ÖVP hier einiges zu verschleiern. Massive Kritik übte der Klubobmann am Ex-Vorstand und ÖVP Günstling Domany, den man pro forma noch so lange im Amt ließ bis er seinen Pensionsanspruch geltend machen konnte. Dieser beträgt nun 94.000€ jährlich. Der Lohn für ein vollkommen entglittenes Skylinkprojekt.

*Der Antrag wurde von ÖVP und Grünen abgelehnt.*

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum Thema: Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Broschüre NÖ gestalten.

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/321/321.htm>

In seinem Beitrag kritisierte der Klubobmann einmal mehr die Anfragebeantwortungspraxis der ÖVP Regierungsmitglieder. Bei der Anfrage im Zusammenhang mit der Broschüre NÖ gestalten, die man ja in Kroatien drucken ließ, wurden einfachste Fragen nicht beantwortet und lapidar abgetan. Das sei eine gröbliche Missachtung des Landtages und der Rechte der einzelnen Abgeordneten.

*Der Antrag auf Nicht zur Kenntnisnahme wurde von ÖVP und SPÖ abgelehnt.*

*Ender der Sitzung 23.30h*